

Eckpunkte zur Zukunft der Universität Koblenz-Landau und der TU Kaiserslautern

[Internes Papier, 06.11.2019]

Aufbauend auf den bisherigen Gesprächen in der Steuerungsgruppe und einem Gespräch mit der Ministerpräsidentin werden folgende Eckpunkte vereinbart:

Grundsätze:

- Gemeinsam wollen die Landesregierung und die Leitungen der TU-Kaiserslautern und der Universität Koblenz-Landau die Universitäten in eine gute Zukunft führen und die in einer Hochschulstrukturreform liegenden Chancen nutzen. Der Prozess der Umstrukturierung wird gemeinsam und in gegenseitigem Respekt gestaltet und aktiv nach vorne getrieben.
- Das gemeinsame Ziel ist, die Stärkung aller drei akademischen Standorte, eine regionale Einbindung und eine größere Sichtbarkeit in der nationalen und internationalen Wissenschaftslandschaft zu erreichen.
- Die Hochschulleitungen sind sich einig, dass sie so schnell wie möglich beginnen und den Umbau so gestalten wollen, dass sie auch in der neuen Aufstellung strategiefähig und bei den anstehenden Berufungen erfolgreich sind.
- Das Land hat viele Anregungen aus den Gesprächen mit den Universitäten aufgenommen und berücksichtigt; insbesondere den Bedarf nach einer starken Standortautonomie aller drei akademischen Standorte in einer Übergangszeit bestehend aus einer Entflechtungs- und einer damit überlappenden Aufbauphase. Das Profil der beiden neu strukturierten Universitäten kann dadurch schnell und erfolgreich erarbeitet werden.
- Die externen Experten Prof. Wörner, Dr. Husung und Hr. Kaufmann haben bekräftigt, dass es zum Wohle der künftigen Universitäten sei, wenn die Übergangszeit so kurz wie möglich gehalten wird und schnellstmögliche Klarheit herrscht.

Meilensteine:

- Zum **Sommer 2020** tritt ein **Umstrukturierungsgesetz** in Kraft, das die notwendigen organisatorischen und rechtlichen Grundlagen schafft.
- Zum **01.01.2023** gibt es **zwei Universitäten**: eine selbstständige Universität Koblenz und eine Rheinland-Pfälzische Technische Universität (Arbeitstitel) mit den beiden Campus Kaiserslautern und Landau.
- Die Universität Koblenz übernimmt die Rechtsnachfolge der bisherigen Universität Koblenz-Landau.

- Der formale Start der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität (Arbeitstitel) soll am 01.01.2023 liegen und nicht vorverlegt werden, so dass bis dahin die gemeinsamen verwaltungstechnischen Abläufe bestmöglich vorbereitet werden können. Diese Vorbereitung wird extern voraussichtlich durch die HIS-HE unterstützt.
- Um die Zukunftschancen so schnell wie möglich nutzen zu können, wollen die Universitäten bereits vor diesem Zeitpunkt mit dem Aufbau der künftigen gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeit und akademischen Angelegenheiten beginnen. Dies betrifft den Aufbau der künftigen Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität (Arbeitstitel) ebenso wie den Aufbau der künftigen Universität Koblenz. In beiden Fällen ist ebenfalls eine externe Unterstützung denkbar, wenn die Universitäten dies wünschen.

Strukturen und Gremien in den künftigen Universitäten:

Die Landesregierung wird in Abstimmung mit den Hochschulen den notwendigen gesetzlichen Rahmen setzen, den Universitäten aber große Autonomie bei der Ausgestaltung lassen:

- Der Standort Koblenz regelt die weitere Ausgestaltung der künftigen Universität in einer Grundordnung.
- Kaiserslautern und Landau regeln die weitere Ausgestaltung der künftigen gemeinsamen Technischen Universität selbstständig in einer Grundordnung.
- Die dafür jeweils notwendigen Gremien werden zeitnah geschaffen.

Für den Fall, dass Landau und Kaiserslautern trotz ernsthaftem und intensivem Bemühens auf beiden Seiten ihre künftige Grundordnung nicht bis zu einem gesetzlich festzulegenden Stichtag gemeinsam und einvernehmlich erarbeitet und verabschiedet haben, regelt das Umstrukturierungsgesetz die Governancestruktur für eine um zwei Jahre verlängerte Aufbauphase in der die neue Grundordnung der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität (Arbeitstitel) fertiggestellt werden muss. Die Rheinland-Pfälzische Technische Universität (Arbeitstitel) erhält in diesem Falle für die um zwei Jahre verlängerte Aufbauphase eine Governance, die ein Zusammenwachsen auf Augenhöhe unterstützen soll:

- Die Standorte Kaiserslautern und Landau verfügen über hohe Autonomie und eigene Campussenate sowie CampuspräsidentInnen und -vizepräsidentInnen. Es gibt ein gemeinsames Präsidium und ein gemeinsames Kollektivorgan, die ein gutes Zusammenwachsen der beiden Standorte befördern. Ein/e zusätzliche/r, gemeinsam gewählte/r Präsident/in wird bei einer zeitlich überschaubaren Aufbauphase – auch nach den Debatten mit den Experten – nicht vorgesehen.
- Eine gleichberechtigte Doppelspitze aus den CampuspräsidentInnen Kaiserslautern und Landau nimmt die Außenvertretung der Rheinland-Pfälzische Technische Universität (Arbeitstitel) wahr.

- Da bereits parallel zur Entflechtung die gemeinsame wissenschaftliche Arbeit und akademischen Angelegenheiten aufgebaut werden, wird die so gestaltete Aufbauphase in der neugestalteten Universität ab Wintersemester 2022/23 kürzer ausfallen als bislang diskutiert und zum 31.12.2024 enden.

Vorbereitende Gremienstruktur:

- Das Umstrukturierungsgesetz regelt die Ausgestaltung der neu zu schaffenden Gremien ab Inkrafttreten des Gesetzes bis zum Inkrafttreten der Grundordnungen.
Dabei wird darauf geachtet, die Zusammenarbeit der Standorte Landau und Kaiserslautern zu befördern, die doppelte Einbindung Landaus sowie Koblenz' zu berücksichtigen und die Bedarfe aller drei Standorte zu bedenken.
- Um wie gewünscht den Aufbau der beiden künftigen Universitäten bereits in der Entflechtungsphase der Universität Koblenz-Landau beginnen zu können, soll bis zum 01.01.2020 eine hochschulinterne Regelung im Rahmen der jetzigen Rechtslage getroffen werden. Dies kann zum Beispiel eine universitätsinterne Beauftragung innerhalb des Präsidiums bzw. durch den Senat an die VizepräsidentInnen und Senatsausschüsse sein.
- Die Regelung soll ermöglichen,
 - dass die zukünftige Universität Koblenz unmittelbar beginnen kann, ihr eigenständiges wissenschaftliches Profil zu entwickeln und ihrerseits ihren internen Aufbauprozess zu gestalten.
 - dass die Vize-Präsidentin der Universität Koblenz-Landau zeitnah für Landau auf Augenhöhe mit der Leitung der TU Kaiserslautern verhandeln und für Landau sprechen kann. Damit kann Landau sowohl das Profil von Landau weiterentwickeln als auch die akademische Zusammenarbeit zwischen Kaiserslautern und Landau beginnen und dadurch den Aufbauprozess beschleunigen.
- Welche vorübergehenden Ressourcen für die Vorbereitung und Umwandlung in einem beschleunigten Verfahren benötigt werden, werden die Universitäten und das MWWK klären. Die Landesregierung sagt Unterstützung für diesen Zeitraum der Doppelbelastung in den Verwaltungen und in der Wissenschaft zu.